

## Vernehmlassungsantwort

**Zur Vorlage «Städtische Kulturförderung, Schwerpunkte und Mittelverwendung der Präsidialdirektion 2016 – 2019» vom 25. Juni 2014 (in der Folge «Papier» genannt)**

Wir danken dem Gemeinderat für die Möglichkeit zur Stellungnahme und freuen uns über die Aufnahme unserer Punkte für die politische Überarbeitung des Papiers.

Seit Jahren fordern die kulturellen Akteure und die politischen Parteien (nicht nur die FDP, diese aber bereits seit 2006 laut) vom Gemeinderat eine Kulturstrategie (man darf das Dokument gut auch Konzept, Vision, Plan, Roadmap, Kulturziele oder sonst wie nennen). Basierend darauf können dann Unterziele formuliert, Massnahmen definiert, Mittel gesprochen, Evaluationen durchgeführt, Kürzungen oder Erhöhungen vorgenommen werden. Kurz es könnte in der Berner Kultur GEFÜHRT werden. Es ist dies der erste und wichtigste Punkt den wir im Papier vermissen.

Das vorliegende Papier will zwar im Titel «Schwerpunkte» setzen und «Mittel verwenden», sei aber – gemäss den Ausführungen des Stadtpräsidenten vom 9. August keine «Strategie». Trotzdem werden im Papier sehr wohl strategische Entscheide gefällt. Einerseits soll deutlich mehr Steuergeld für die Kultur ausgegeben werden und andererseits sollen zwei Häuser fusionieren. Die zweite Forderung ist zwar nach starken Interventionen der Betroffenen unmittelbar vor Ablauf der Vernehmlassungsfrist entschärft worden, ändert aber bezüglich der strategischen Marschrichtung nichts.

Bevor wir inhaltlich auf das Papier eingehen, möchten wir an dieser Stelle unseren Unmut über das gewählte Vorgehen kundtun. Folgende Punkte stören die seriöse Auseinandersetzung mit der Materie:

- Die Vernehmlassungsfrist wird in die Sommerferien gelegt.
- Das Vernehmlassungsende wird auf den gleichen Tag gelegt, wie die 2. Berner Kulturkonferenz terminiert wurde.
- Die Fragestellung, zu was sich die Akteure vernehmen lassen sollen, ist so unpräzise, dass dazu eine Samstagsveranstaltung durchgeführt werden muss.
- Unmittelbar vor Ablauf der Vernehmlassungsfrist werden zentrale Forderungen des Papiers (Fusion) durch den Stadtpräsidenten in ein völlig neues Licht gestellt.

All diese Punkte machen es den Milizpolitikern in dieser Stadt – vor allem denen mit hoher beruflicher Belastung – nur unter Aufbringung der letzten Ressourcen möglich, sich angemessen mit dieser wichtigen Materie auseinander zu setzen. Absprachen unter den Parteimitgliedern, Fraktions- und Führungsgremien sind praktisch nicht möglich. Ob dieses Vorgehen einen taktischen oder bloss dilettantischen Hintergrund hat, können und wollen wir nicht beurteilen. Unbefriedigend ist es in jedem Fall.

**Die Freisinnigen weisen das vorgelegte Papier in der Gesamtheit zurück.** Die Gründe:

#### Fehlender strategischer Kontext

Es mangelt – wie bereits erwähnt – an einer umfassenden strategischen Sicht auf das Thema Kultur. Ohne diese Auseinandersetzung und einen gemeinsamen politischen Mindestnenner, welche Kultur wir in der Stadt Bern fördern wollen, dürfen aus unserer Sicht keine neuen Mittel gesprochen (und damit Ansprüche legitimiert und Besitzstände geschaffen) werden. Nach den zahlreichen Veranstaltungen, Initiativen und Foren der letzten Monate sind wir in der komfortablen Situation, dass sogar die Kulturschaffenden von der Politik klare Leitplanken, Kriterien und Verbindlichkeit wünschen. Das war in den vergangenen Jahren nicht mal annähernd der Fall. Heute ist es sogar mehrfach aktenkundig (Protokolle des Kulturcafés, Grobkonzept der Kulturkonferenz etc.).

Die Fusion von Dampfzentrale und Schlachthaus theater ist zwar – wie erwähnt – ein strategischer Entscheid, damit aber noch langer kein weiser. Die Freisinnigen bestreiten nicht per se die Vorteile eines Zusammenrückens der Institutionen. Wir finden es aber höchst seltsam und verglichen mit unseren Erfahrungen in ähnlichen Prozessen äussert heikel, wenn gleichzeitig mit Leistungsaufträgen inhaltliche quantitative Ziele gesetzt und dann auch noch vorgegeben werden soll, mit welchen Massnahmen diese Ziele erreicht werden soll. Wir kennen keine Führungsliteratur, Ausnahme vielleicht der «Gesammelte Werke von Mao Zedong», die ein solches Vorgehen empfiehlt.

#### Fehlender finanzieller Kontext

Es ist zwar richtig, dass das KKFG die städtischen Finanzen entlastet. Im Papier wird jedoch gänzlich verschwiegen, dass die neue «Aufgabenteilung» zwischen Kanton und Stadt netto zu Lasten der Stadt Bern ausgeht. Der Stadtpräsident hatte zwar anlässlich der Veranstaltung vom 9. August die Freundlichkeit das Thema anzusprechen, aktenkundig ist es aber nicht geworden. Es wäre hier nur fair gewesen die Zusatzmillionen, welche der Stadt im Bereich der Gemeinwesenarbeit, der Jugendarbeit, der Beschäftigungs- und Integrationsangebote (BIAS) etc, nun fehlt, zu erwähnen. Es entsteht so der – falsche – Eindruck, dass die Stadt 6 Millionen Franken spart und davon nun 1.4 Millionen zusätzlich in die Kultur investiert. Alle anderen Direktionen und Produktgruppen sind mit z.T. schmerzlichen Budgetkürzungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund sind Budgeterhöhungen in der Kultur mit besseren Argumenten als im vorliegenden Papier zu rechtfertigen.

Die Freisinnigen sind überzeugt, dass von den 34 Millionen Steuerfranken (Rechnung 2013), welche unter dem Titel «Kulturförderung» ausgegeben wurden, ein viel zu grosser Teil nicht den Weg zu den Kulturschaffenden und zu den Kulturproduktionen gefunden hat. In der Stadt Bern wird ein viel zu hoher Anteil der Kultursubvention in Gebäude, Infrastruktur und in Organisationen investiert. Dies führt – in der Kombination mit den geringen Zuschauerzahlen – dazu, dass die Institutionen viel zu wenig ausgelastet sind und mangels Kooperation resp. Koordination unnötig Mittel binden.

#### Fehlende Schwerpunktsetzung

Dem kulturellen Überangebot und der tiefen Auslastung ist mit einer effektiven Schwerpunktsetzung entgegen zu wirken. Obwohl das Papier «Schwerpunkte» im Titel führt, meint der Gemeinderat damit offensichtlich nur, dass die geplanten Mehrausgaben von 1.4 Millionen Franken nicht giesskannenartig sondern an wenige Institutionen verteilt werden sollen. Wir verstehen unter Schwerpunktsetzung eine – nach erwähnter strategischer Auseinandersetzung – Fokussierung und damit einhergehend eine Verzichtsplannung. Davon sind wir heute weit entfernt. Die einzige Institution, die weniger Geld erhält ist eine, die sich freiwillig auflöst.

## Freisinnige Anregungen zur Strategiediskussion

Um dem Gemeinderat einen Eindruck davon zu geben, was wir mit Freisetzung von bestehenden Mitteln meinen, haben wir hier einige Massnahmen vorgeschlagen über die wir gerne diskutieren würden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit und detaillierter Abklärung der Machbarkeit), nennen Sie es deshalb Vision:

1. Die Stadt konzentriert sich viel stärker auf die Bereitstellung von Infrastruktur. Sie führt die Bühnen, Museen, Konzertlokale, offspaces, Galerien, Flächen etc. in ADMINISTRATIVER Hinsicht selber, OHNE sie inhaltlich zu kuratieren. Sie sorgt damit für genügend (d.h. nicht zu viele aber auch nicht zu wenige) Plattformen der städtischen Kultur. Sie steigert damit die Auslastung und senkt die Fixkosten der Plattformen. Sie nutzt die Synergien in der Gebäudebewirtschaftung, im Unterhalt und im Booking. Der Eigenverantwortlichkeitsgrad der Institutionen über die Infrastrukturentscheide sinkt mit zunehmendem Subventionsanteil. Unter diesem Aspekten ist zum Beispiel zu prüfen, die beiden Plattformen «Schlachthaus» und «Dampfzentrale» nicht zu fusionieren, sondern – was die Infrastruktur betrifft – der direkten Kontrolle der Abteilung Kulturelles zu unterstellen.
2. Die Stadt nimmt eine starke koordinative Rolle wahr, sie nimmt gezielt Einfluss auf die (zeitliche) Programmierung und stellt so sicher, dass sich ähnliche kulturelle Darbietungen nicht überschneiden. Sie stellt zu dem sicher, dass sich subventionierte Institutionen nicht gegenseitig beim Booking konkurrenzieren.
3. Die Stadt stellt die Kommunikation und den Vorverkauf der kulturellen Veranstaltungen sicher. Sie reduziert damit die Flut konkurrenzierender Publikationen und Systeme.
4. Die Stadt bietet den interessierten Kulturschaffenden die Möglichkeit, sich unbürokratisch und günstig den Sozialwerken anzuschliessen (unter der Voraussetzung dass diese vorgegänglich den Primatwechsel vollziehen, das Rentenalter den üblichen Standards anpassen und saniert sind – altbekannte Positionen der Freisinnigen).
5. Ferner sind auch nichtmonetären Hemmnisse (Bewilligungen, Koordinationsfunktionen innerhalb der Stadtverwaltung etc.) verwaltungsintern zu beseitigen resp. zu reduzieren.
6. Die Stadt bezieht sämtliche Kulturschaffende in den obenerwähnten Handlungskreis ein. Unabhängig davon, ob diese aufgrund der Publikumsattraktivität viel oder weniger Unterstützung benötigen (wir widersprechen hiermit der im Papier suggerierten Meinung, nur verlustbringende Aktivitäten seien unterstützungswürdig). Die Stadt macht sich auch die kulturellen Aktivitäten der in Bern beheimateten diplomatischen Korps und Angehöriger zu nutze. In diesem Bereich werden sehr viele kulturelle Darbietungen erbracht, welche im vorgelegten Papier nicht einem ansatzweise erwähnt und den meisten BernerInnen unbekannt sind.
7. Im Gegenzug zu diesen staatlichen Massnahmen (welche einzig dazu dienen, die Infrastruktur- resp. Administrativkosten tief zu halten) sollen die Kulturschaffenden mit den frei werden Mitteln gezielter, unbürokratischer und vor allem unabhängiger unterstützt werden. Die kulturelle Freiheit ist zu stärken, die Eigeninitiative zu fördern und weg von administrativen Hürden in kulturelle Aktivitäten zu lenken.
8. Die direkte Förderung der Kulturschaffenden und deren Output ist regelmässig einer unabhängigen Evaluation zu unterziehen. Ob das nun «Controlling» genannt wird oder nicht spielt für uns keine Rolle. Die Mittelverwendung muss aber kontrolliert werden, es ist den Steuerzahlenden Rechenschaft darüber abzulegen, was mit dem Geld geschieht. Die Vergabekriterien müssen transparent, klar und messbar sein. Jury/Kommissionmitglieder, welche auch nur den Anschein einer Befangenheit aufweisen, treten konsequent in den Ausstand. Sämtliche Interessenbindung und Konfliktpotentiale sind vorgänglich offen zu legen.

### Vorgehensvorschlag:

- Die Mittelverwendung der Stadt beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung der bisherigen Subventionen (unter der Berücksichtigung der veränderten Finanzierungsschlüssel mit Kanton und Region). Der Ausbau des Budgets wird auf Eis gelegt. Der Gemeinderat schliesst nur dort langfristige Verträge ab, wo es die kantonale oder regionale Führungskraft verlangt. (Wir weisen darauf hin, dass auch die KTB Verträge mit einer Klausel versehen sind, die eine einjährige Verlängerung zulassen.)
- Die strategischen Arbeiten sind nun umgehend anzugehen. Die bisherigen Verantwortlichen – gemeint sind sowohl Verwaltung wie auch der zuständige Gemeinderat – starten diesen Prozessen mit einer Hypothek an Glaubwürdigkeit und Willensdemonstration. Sind sie nicht gewillt, das Blatt nun rasch und konsequent zu wenden, empfehlen wir personelle Veränderungen resp. eine Neuzuteilung des Dossiers in eine andere Direktion.
- Erst wenn die strategischen Grundlagen geschaffen, die Synergiepotenziale beziffert, der politische Konsens über die Ausrichtung und die Schwerpunkte gefunden sind, werden einzelnen Akteuren mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

Wir danken nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Für Fragen zu unseren Ausführungen steht Ihnen der Kultursprecher unserer Partei, Pascal Rub (078 608 09 14 resp. pascal@rub.ch) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

FDP.Die Liberalen Stadt Bern

Bern, 31. August 2014